

mangelt und wäre es für die Gesamtaufgaben unserer Organisation ein großer Segen, wenn das Jahr 1905 den Deutschen Gewerksvereinen dies schon so lange ersehnte Kampfmittel beschaffen wollte.

Auf dem Gebiete der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse soll das neue Jahr für die Deutschen Gewerksvereine eine lebhaftere Betätigung bringen. Noch in der letzten Sitzung des Centralraths am 29. Dezember wurde nach gründlicher Aussprache einmüthig folgende Resolution angenommen:

Der Centralrath richtet an alle Generalräthe und Hauptvorstände der im Verbande vereinigten Deutschen Gewerksvereine das dringende Ersuchen, praktische Schritte zu thun zur Anbahnung von Verhandlungen mit den Organisationen der Unternehmer zu dem Zweck, die Arbeitsbedingungen brandenweise im Wege freien Uebereinkommens zu verbessern. Hierbei ist darauf zu achten, daß Arbeitgeberverbände nicht einseitig mit anderen Arbeiterorganisationen Tarifverträge abschließen, sondern die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) gleichberechtigt dazu heranziehen."

Dieser Beschluß erstrebt mithin die praktische Ausführung der auf dem Verbandstage angenommenen Resolution Hahn-Räber. Die Gewerkschaften setzen sich ganz selbstständig mit den Unternehmerverbänden in Verbindung und versuchen Tarifabmachungen in friedlicher Weise herbeizuführen, um so die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine womöglich durch diese Verträge von der Arbeit auszuschließen, wie dies bereits in einem Theil von Verträgen geschehen ist. Das muß die Deutschen Gewerksvereine aufrufen zur energischen Wahrung ihrer Rechte als Arbeiterorganisation und so soll und muß überall darauf gedrungen werden, daß Tarifverträge nur unter Mitwirkung der Gewerksvereine zu Stande kommen.

Da bringt uns das neue Jahr neue Arbeit und neue Kämpfe! Freudig nehmen wir diese Arbeit auf uns und frohen Muths ziehen wir in den Kampf, wo es ohne diesen nicht geht. Die täglich lebhafter werdende Betätigung aller unserer Mitglieder zur Verwirklichung unserer großen und schönen Ziele sichert uns den schließlichen Erfolg. An alle deutschen Gewerksvereiner richten wir daher zum neuen Jahre die Aufforderung, immer selbstständiger und energischer hervorzutreten und freudigen Eifers für unsere gemeinsamen Ideale zu arbeiten und zu kämpfen.

Die Sicherung der Bauhandwerker und Baulieferanten jetzt und einst.

Von Dr. F. Müller.

(Nachdruck verboten.)

Allgemein bekannt und beklagt sind die Mißstände, die im Baugewerbe immer mehr hervortreten. In großen und mittleren Städten hat sich ein förmliches System der Ausbeutung der Bauhandwerker und Bauarbeiter herausgebildet, durch welches diese sehr erhebliche Verluste erlitten haben, zum Theil wirtschaftlich zu Grunde gerichtet worden sind. Die Vorgänge pflegen sich gewöhnlich in folgender Weise abzuwickeln:

Der Besitzer einer Baustelle, welcher diese mit thunlichst hohem Gewinn verwerthen will, baut nicht selbst, sondern sucht einen Unternehmer, dem er das Grundstück zum Zwecke der Bebauung zu hohem Preise verkauft. Darauf, daß dieser Bauunternehmer zahlungsfähig ist, wird von dem Verkäufer kein Gewicht gelegt, im Gegentheil werden unsolide Elemente bevorzugt, weil diese geneigt sind, weit über den wahren Preis hinausgehende Preise zu bewilligen. Der Kaufpreis wird hypothekarisch eingetragen, außerdem wird ein Baugeldvertrag abgeschlossen, durch welchen der Baugeldgeber sich verpflichtet, nach Maßgabe des Fortschreitens des Baues bestimmte Beträge zu zahlen, deren Rückzahlung durch eine vor Beginn des Baues eingetragene Hypothek sichergestellt wird. Die Bedingungen des Vertrages sind in der Regel sehr ungünstig für den Bauunternehmer und derart, daß der Baugeldgeber mit Leichtigkeit es zu einer Zwangsversteigerung des Grundstücks bringen kann. Baugeldgeber ist entweder der Verkäufer der Baustelle selbst oder ein Dritter, z. B. ein Bankhaus; im letzteren Falle wird meist dem Baugelddarlehn das Vorkrecht vor dem eingetragenen Kaufgelde eingeräumt, mindestens insoweit, als das Kaufgeld den wahren Werth der Baustelle übersteigt. Ein Theil der Baugelder wird in allen Fällen zur Bezahlung der Bauhandwerker, Bauarbeiter und Baulieferanten thatsächlich verwendet — damit das Bauen im Gang kommt! Dann aber verwendet der gewissenlose Bauunternehmer den Rest der Baugelder anderweitig, z. B. zur Bezahlung anderer Schulden oder gar zur Bestreitung eines seine Verhältnisse übersteigenden Aufwandes. Der Zusammenbruch ist dann in kurzer Zeit unvermeidlich und das Gebäude, welches vielleicht eben im Rohbau fertig geworden ist, fällt in der Zwangsversteigerung an den Baugeldgeber oder den Baustellenverkäufer, während die Bauhandwerker und Baulieferanten bei der Vertheilung des durch die eingetragenen Hypotheken voll in Anspruch genommenen Erlöses leer ausgehen!

Aber auch dann, wenn der Unternehmer nicht darauf ausgeht, auf Kosten der Handwerker und Arbeiter zu leben, kommt es leicht zur Zwangsversteigerung, weil die Baugelder meist nicht zur vollständigen Deckung der Baukosten ausreichen, vielmehr in der Regel nur in Höhe von 2/3 des Baukostenbetrages gegeben werden. Auch der solide Bauunternehmer muß, wenn er nicht kapitalkräftig ist, um den Bau vollenden zu können, eine längere Kreditirung eines Theils der Bauhöhe u. s. w. in Anspruch nehmen. Gelingt es ihm, das Haus fertig zu stellen und bald günstig zu vermiethen oder zu verkaufen, so kommen alle Beteiligten zu ihrem Gelde. Häufig wird dies dem Unternehmer aber unmöglich, sei es in Folge ungünstiger Konjunkturen, sei es in Folge des Drängens seiner Hypothekengläubiger und schließlich Ausnutzung der ihm nachtheiligen Bestimmungen des Baugeldvertrages. Dann ist das Ende das nämliche, wie bei dem unredlichen Bauunternehmer: die Bauhandwerker fallen in der Zwangsversteigerung aus!

Die Beseitigung dieser, sowohl vom Baustellenverkäufer als auch vom Bauunternehmer verschuldeten Mißstände im Baugewerbe liegt nicht nur im Interesse der unmittelbar Beteiligten, sondern im Interesse der Allgemeinheit. Die Bedeutung, welche die Erhaltung eines lebenskräftigen Standes der Bauhandwerker für die sozialen Verhältnisse hat, bedarf keiner Hervorhebung. Es kommt aber auch in Betracht, daß die im Baugewerbe herrschenden ungesunden Zustände einen ungünstigen Einfluß auf die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse üben, indem sie einerseits einer sorgfältigen Herstellung der Wohnungen nicht förderlich sind und andererseits die Herstellungskosten und damit die Mieten verteuern, weil die Unsicherheit der Realisirung der Forderungen der Bauhandwerker diese zu einer Erhöhung ihrer Preise drängt.

Da die Erfahrung gelehrt hat, daß die Bauhandwerker in der Hoffnung, daß die Hauspekulation glücklich auslaufen werde, sich häufig, durch die Verhältnisse gezwungen, mit Leuten einlassen, deren Zahlungsfähigkeit ihnen genau bekannt ist, daß andererseits auch die vorsichtigeren Bauhandwerker nicht im Stande sind, sich genügend gegen Ausbeutung zu sichern, ist ein Einschreiten der Gesetzgebung als erforderlich schon seit langem erkannt worden.

Der § 648 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach die Bauhandwerker berechtigt sind, für ihre Forderungen aus dem Werkvertrage die Eintragung einer Sicherungshypothek auf dem Baugrundstücke zu verlangen, gewährt — worüber der Gesetzgeber selbst sich von vornherein klar gewesen ist — keinen genügenden Schutz für die beteiligten gewerblichen Kreise, umsoweniger, als dieser Schutz sich nicht auf die Bauarbeiter und auf die Lieferanten von Baumaterial und anderen Gegenständen erstreckt.

Der im Dezember 1897 veröffentlichte Entwurf eines Reichsgesetzes, betreffend die Sicherung der Bauforderungen, welcher für die Fälle der Errichtung von Neubauten die Gewährung einer bevorzugten Hypothek für die Bauforderungen vorschlag, hat eine sehr getheilte Aufnahme gefunden. Die dagegen geltend gemachten Bedenken haben zu einer nochmaligen Prüfung der Frage geführt, wie eine Sicherung der Bauforderungen, die einerseits den Beteiligten einen wirklich ausreichenden Schutz ihrer Interessen gewährt und andererseits es vermeidet, in unbedingter schonungsbedürftiger Interessen anderer Kreise schädigend eingzugreifen, geschaffen werden könnte. Zwei neu ausgearbeitete Entwürfe sind im Jahre 1901 von einer Kommission, bestehend aus Vertretern der beteiligten Ministerien und der Reichskämmer des Innern und der Justiz, vorgelegt und veröffentlicht worden. Der deutsche Juristentag 1902 hat von diesen beiden Entwürfen den einen Schutz auch der Baulieferanten enthalten und das Zwischenschieben von Strohmännern ausschließenden Entwurf B als geeignetere Grundlage für gesetzgeberische Maßnahmen erklärt. Zahlreiche Stimmen haben sich für und gegen diese neuen Entwürfe erhoben und gegenwärtig soll die Kommission abermals mit der Frage, ob und wie den von manchen Seiten geäußerten Bedenken über die praktische Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit der Vorschläge dieser Entwürfe abgeholfen werden könne, sich beschäftigen, um demnächst dem Parlamente einen Gesetzentwurf endgiltig vorzulegen.

Es ist hier nicht der Ort, um die Gesetzentwürfe von 1897 und von 1901 inhaltlich wiederzugeben und zu kritisieren; das würde einen sehr viel größeren Raum beanspruchen, als hier zur Verfügung steht. Hervorgehoben sei nur das Eine: der Bauhandwerker hat nicht, wie der gewöhnliche Handwerker, ein Zurückbehaltungs- oder Pfandrecht an den gearbeiteten Gegenständen, wenn die Zahlung nicht erfolgt; denn die von ihm für den Bau hergestellten Sachen werden durch das Einbauen wesentliche Bestandtheile des Grundstücks selbst und sind, da besondere Rechte an Bestandtheilen nicht begründet werden können, für ihn verloren. Andererseits ist es wegen der dem Bauhandwerker dadurch auferlegten Pflichten bedenklich, ihm die rechtliche Stellung des Kaufmanns einzuräumen. Endlich ist es dem Bauhandwerker nicht um Erlangung einer Sicherungshypothek, sondern um pünktliche Bezahlung zu thun. Der Zweck des vorliegenden Auftrages ist im Uebrigen erfüllt, wenn die Bedeutung der Frage nach dem Schutze der wirtschaftlich schwachen Bauhandwerker vor der Brutalkürzung durch den Bauherrn oder Kapitalisten klargelegt und das Interesse aller, die praktische Besserungsvorschläge zu machen in der Lage sind, wachgerufen ist. Noch ist es nicht zu spät, mit solchen Vorschlägen hervorzutreten. Selten wohl hat die Lösung

einer von der öffentlichen Meinung in weitesten Kreisen als wichtig erkannten Aufgabe der Gesetzgebung solche Schwierigkeiten bereitet, wie die Schaffung einer Sicherung der Bauforderungen. Möge die Lösung bald zum Segen der Beteiligten gelingen!

Die Zeit der Reformen.

Rom, im Dezember.

Die „Nuova Antologia“, die schon im Juni in einem Aufsatz „Italien am Scheidewege“ bittere Wahrheiten sagte, kommt jetzt mit einem anderen Artikel: „Die Zeit der Reformen“, der die Lage des Landes darstellt, bespricht und die wichtigsten Reformen angibt. Der Herausgeber der Zeitschrift, Abg. Maggiorino Ferraris, der in den Jahren 1894/95 Postminister war, hat selbst zur Feder gegriffen, um mit einer Rücksichtslosigkeit, die man einem ausländischen Kritiker nicht verzeihen würde, ein warnendes Bild zu zeichnen. Aus dem Artikel, der großes Aufsehen gemacht hat, heben wir nach der „Frankfurter Zeitung“ das Wesentliche hervor:

In der Einleitung nimmt der Verfasser Bezug auf die letzten Unruhen des Generalstreiks vom September. Er meint, die Politik sei nur ihr Vorwand gewesen; ihr eigentlicher Grund sei die soziale Krise, die zugleich wirtschaftlicher und moralischer Natur sei. Die wirtschaftliche Krise entstamme der Tatsache, daß Italiens Bevölkerung zu schnell wuchs, 1871—1904 von 20,8 Millionen auf 33, während der Nationalreichtum im Wachstum nicht gleichen Schritt hielt. Die moralische Krise erkläre sich aus dem größeren Mangel der Bedürfnisse, hinter dem die Zunahme der Mittel zu deren Befriedigung zurückbliehe. So erkläre sich das kollektive Mißvergnügen, das sich gegen die Regierung wende, die mit dem Staat verwechselt werde, und das mit dem Aufsteigen des Proletariats stetig wachse. Der neue vierte Stand sei viel zahlreicher, als man im Allgemeinen glaubt, und seine Minderheit, das intellektuelle Proletariat, viel gefährlicher als seine Mehrheit. Die alten Staaten brachten dem einigen Italien schon viele untergeordnete, von Glendbertherte Schichten; die Einheitskämpfe, die Unordnung der Finanzen in der Zeit von 1880—1894, der Mangel an sozialem Sinn unter Cabours Nachfolgern vermehrten diese Schichten. Man suchte deren Unzufriedenheit durch politische Reformen zu beschwichtigen, vielleicht nur aus dem Grunde, weil sie billiger waren, und so komme es, daß Italien 25 Jahre hinter dem allgemeinen Fortschritt von heute zurück sei. Nun sei aber das Proletariat in Italien leicht zur Revolte geneigt; wenn es ihm möglich sei, steige es unter irgend einem Vorwande auf die Straße. Der Italiener regiere, dürfe diesen vulkanischen Boden nicht übersehen. Wenn glücklicher Weise die Septemberunruhen nicht gefährlich wurden, so lag das erstens daran, daß die Bauern und auch die Eisenbahner sich nicht daran beteiligten; zweitens daran, daß der Süden ruhig blieb, und drittens daran, daß die mittleren und kleinen bürgerlichen Klassen aus ihrem Schlummer erwachten. Gerade der erste Umstand, daß die Bauern nicht mitthäten, sei bezeichnend. 1898 fielen die Unruhen in den Mai, also in die Zeit, die das Sprichwort als die der drei F (feste, fiori, fame, Feste, Blumen, Hunger) kennzeichnet, hingegen die letzten in den September, wo die Bauern die Ernte einbrachten, also Arbeit und Brod hatten, damals ergebe sich, daß das beste Mittel, Revolten der Bauern zu vermeiden, das sei, ihnen Arbeitsgelegenheit, Mittel und Organisation zu schaffen. Jetzt herrsche Ruhe, aber dauere die Krise doch viel dröhender, viel gefährlicher fort. Der Staat solle dessen eingedenk sein; bisher habe er die flehende oder drohende Stimme des Proletariats noch nicht gehört.

Zur Heilung dieser Krisis sind nach dem Verfasser zwei große Aktionen nötig: eine administrativ und eine wirtschaftlich-soziale. Bei der administrativen Aktion sei vor Allem das Augenmerk auf zwei Begleiterscheinungen der Unruhen von 1898 und 1904 zu richten. In beiden Jahren beteiligten sich am lebhaftesten die Ballonmützen (coppisti) und Gassenjungen (monelli). Anstatt sich darauf zu beschränken, die Staatsguld durch unsichtbare kleine Abzüge tropfenweise zu mindern, sollte man dafür sorgen, daß die Straßenitalien nicht eine Horde solcher Ballonmützen und Junglegels zeigten. Die Ballonmützenfrage sei nur ein polizeiliches Problem. Warum schaffe man nicht ein Gesetz für rückfällige Verbrecher wie in Frankreich? Für die Gassenjungen müsse die Schule und die öffentliche Zucht sorgen, aber bis jetzt habe sich Italien noch nicht auf seine Pflicht zu erziehen beföhnen. In keinem Kulturlande gebe es so viele Bettler und Vagabunden unter den Kindern, in keinem Lande so viel Verwahrlosung und Verwilderung der Jugend zwischen zwölf und achtzehn Jahren, wie in Italien. Auch bleibe es unsäßer, daß sich die Polizei bei allen Revolten gegen diese Schwärme von Gassenjungen machtlos zeige. Nun wolle man plözlich die Polizei verstärken, aber man möge damit noch so weit gehen, das Wachstum der Zahl der Ballonbrüder und Gassenjungen werde damit nicht aufgehalten. Besser wäre eine Reform der Polizei, die jetzt zu viel mit politischen Funktionen belastet sei. Jedenfalls werde es nötig sein, für die großen Städte eine einzige Polizei zu schaffen, wie in Deutschland, statt unserer Dreieheit, Gendarmen, Staatspolizisten und Stadtpolizisten, die stets mit einander in bürokratischer Fehde leben. Auch könnte man der Polizei bessere Verkehrs- und Transportmittel geben, vor Allem jedoch bleibe die unabwiesliche Forderung, daß die Polizei sich mehr mit den Vagabunden, den Bettlern und Müßig-

gängern befaße, die eine Plage des platten Landes seien. Das Programm der Reformen müsse aber im Einzelnen folgende Punkte enthalten: 1. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit; 2. Erhöhung der Löhne; 3. Verbilligung des Lebensunterhalts; 4. Verbesserung des Volksunterrichts und des Gewerkschulwesens; 5. Arbeitsgesetzgebung; 6. Entwicklung der Genossenschaften und des Kreditwesens auf dem Lande. Was die einzelnen Punkte betrifft, so sei die Arbeitslosigkeit und der Mangel an Arbeitsgelegenheit die größte Geißel des Kleinbürgerlichen und proletarischen Elements in Italien. Das Uebel sei ausgedehnter, als man glaube, besonders in den Mittelklassen, in denen ein falsches Unterrichtssystem jedes Jahr die Zahl der stellunglosen Akademiker erhöhe. Der beste Beweis für die mangelnde Arbeit sei die Tatsache, daß die dreiunddreißig Millionen Einwohner Italiens viel weniger produzieren, als die gleiche Zahl in Deutschland, England oder Frankreich. Wie stehe nun Italien da gegenüber der Pflicht eines modernen Staates, die Entwicklung des Nationalreichtums so viel wie möglich zu fördern? Die besten Mittel dazu seien: 1. Die Verbollkommnung der Verkehrsankalten; 2. Die Organisation des Kredits; 3. gerechte Verteilung der Steuern; 4. Vermehrung der Unterrichtsankalten. Was die Verkehrsankalten und Verkehrsmittel anbetrifft, so dürfe man nicht vergessen, welche Erbschaft das neue geinnte Italien vorfand. Von 1861—1900 mußte es neun Milliarden für öffentliche Arbeiten ausgeben aber leider wurden diese Arbeiten durch die Finanzkrise von 1886—1894 unterbrochen und dann durch die Rücksicht auf das fiskalische Budget gestiftet, wodurch sich das Mißverhältnis zwischen Nationalreichtum und Bevölkerungszahl steigerte. Das ackerbaue Land im Norden und der ganze Süden entbehren der Straßen, der Meliorationen, der Kanäle, Bewässerungsanlagen und der genügenden Sicherheit. Auch die Häfen, die meist aus Wahrlicksichten angelegt wurden, ermangeln der Quais, Bassins, Krähen, Magazinen, Geleise, Hafenstationen gar der Schienenverbindung mit der Eisenbahn. Dazu haben die Eisenbahnen eine gründliche Reform nötig; zuerst bedürfen sie des Staatsbetriebes, dann der Verbesserung und Ergänzung des Betriebsmaterials, drittens neuer Sekundärbahnen, viertens einer Ergänzung durch Dampftrambahnen und Vignalbahnen auf dem Lande. Besonders schlimm sehe es mit dem Postwesen aus. Von den 8262 Gemeinden Italiens waren am 1. Juli 1902 über 3000 Gemeinden ohne genügende Postverbindung; 3800 Gemeinden haben keinen Telegraphen. Das Bild werde um so häßlicher, wenn man Deutschland zum Vergleich nehme, das 38 086 Postämter, 26 660 Telegraphenämter und 15 585 Telephonstationen habe. Italien hatte 1902 153 Telephonkabinen, Japan hingegen 288, Rumänien 1965, Frankreich 3515, Deutschland 19 081. Italien stehe also an der Spitze des Rückschritts.

Weiter beschäftigt sich der Verfasser mit dem Kreditwesen und wendet sich gegen die Politiker, die den Rückfall der italienischen Rente aus dem Auslande als einen Erfolg preisen. Von 1895 bis 1902 sei die Zinsenzahlung im Auslande von 97 auf 51 Millionen Lire zurückgegangen; das bedeute, daß 1200 Millionen Kapital nach Italien zurückflamen, aber ohne dem Lande zu nützen, weil sie in Rente angelegt blieben, anstatt Handel und Industrie zu befruchten. Es war ein großer Fehler des Staates, daß er die Rückwanderung dieser Rententitel ermuthigte, die ausländischen Besitzer italienischer Werthe durch Konversionen und Zinsreduktionen verschmupfte und zugleich die Sparlassen zu großen Ankäufen in Rente bewog. Auf diese Weise arbeite man wohl im Interesse des Schatzministeriums, aber vermindere die Arbeit der Armen und trage so zur Verarmung des ganzen Landes bei. Freilich sei die Vorliebe des Kapitals für die Anlage in Rente sehr verständlich. Wer Geld habe, wisse nicht, wo er es anlegen solle, und wer Geld suche, müsse so hohe Zinsen zahlen, daß die Produktionskosten enorm vertheuert werden. Während über eine Milliarde aus dem Auslande zurückkam, haben zwei Fünftel Italiens südllich von Rom noch derartigen Kapitalmangel, daß jede produzierende Energie durch einen Wucher erstickt wird, wie ihn kein anderes Kulturland kenne. Unter diesen Umständen könne der italienische Fabrikant die ausländische Konkurrenz nicht schlagen; er habe mit höherem Zinsfuß. Zur Verbesserung seines Kreditwesens brauche Italien erstens ein Institut wie die preußische Seehandlung, zweitens ein Institut für die Provinzen und Gemeinden, drittens ein Institut für Agrarkredit und viertens eine nationale Hypothekbank, daneben aber auch eine Bank für billige Wohnhäuser, um der Plage der Miethssteigerung entgegenzutreten zu können, unter der hauptsächlich die Beamten und die Arbeiter leiden. Was die theuren Verkehrsmittel anbetrifft, so habe Italien die höchsten Tarife für Post und Eisenbahn in ganz Europa. Die inländische Postkarte kostet 10 Centesimi, der inländische Brief 20. Hundert Kilometer in dritter Klasse in gewöhnlichen Eisenbahnzügen kosten in Italien 5,25, in Preußen 5, in Oesterreich 2,97 Lire; dabei hat Preußen aber noch die vierte Klasse, in der die gleiche Strecke nur 2,50 L. kostet. Ähnlich verhalte es sich mit den Gütertarifen. Eine Tonne auf 100 km koste in Oesterreich 4,24 L., in Preußen 4,35, in Italien 5,57. Dazu bringen in Italien Post und Eisenbahn auch wenig ein, weil sie eben von der Masse der Bevölkerung nicht benutzt werden können. Dieses Elend werde noch durch die Steuern vermehrt, die progressio

*) 1 Lire = 80 Pf.

Wochenau.

Berlin, 3. Januar 1905.

Das **Kinderschutzgesetz** vom 30. März 1903 trat mit dem 1. Januar in einem weiteren Teil in Geltung. Die Beschäftigung fremder Kinder über 12 Jahre bei dem Austragen von Baaren und bei sonstigen Botengängen, sowie die Beschäftigung eigener Kinder über 12 Jahre beim Austragen von Zeitungen, Milch und Backwaaren, wenn sie für Dritte erfolgt, darf nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr Abends und 8 Uhr Morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht stattfinden. Obgleich alle Beteiligten Zeit genug gehabt haben, sich hierauf einzurichten, haben einzelne Polizeiverwaltungen die Frist zur Inkraftsetzung dieser Bestimmung auf $\frac{1}{2}$ Jahr verlängert. So hat die Polizeiverwaltung der Stadt Danzig nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde für den Stadtbezirk bestimmt, daß bis Ende Juni d. J. die Beschäftigung schon vor 6 $\frac{1}{2}$ Uhr Morgens, also vor dem Vormittagsunterricht für 1 Stunde gestattet ist. An Sonn- und Festtagen soll die Beschäftigung die Dauer von 2 Stunden nicht überschreiten und sich nicht über 1 Uhr Nachmittags erstrecken. Das Gesetz hat die Möglichkeit dieser Fristverlängerung für sein Inkrafttreten allerdings vorgeesehen. Hoffentlich bleibt es bei vereinzelter Anwendung dieses eingeräumten Rechtes.

Das **Korrespondenzblatt der Gewerkschaften** vom 24. Dezember schimpft in blöder Weise über den „Gewerkverein“ und seinen Redakteur, weil eine von dem Gewerkschafter Ludwig Klein in Köln eingekaufte „Berichtigung“ nicht aufgenommen wurde. Dieser pp. Klein hatte mit dem Geschäftsführer einer Tabakfabrik in Köln a. Rh. einen Vertrag abgeschlossen, worin die Arbeiterschaft an diesen Unternehmer verraten wurde. Am 13. Juni kam eine Berichtigung an uns, worin erklärt wurde, daß dieser Vertrag, mit welchem Herr Klein sich auf 2 Jahre eine monatliche Rente von 25 Mk. dafür ausgemacht hatte, daß er dem Geschäft alle Arbeitsfreistellungen fern halten und für Arbeitskräfte sorgen wolle, nur zum Schein gemacht worden sei.

Der von dem Herrn Klein und dem Geschäftsführer der betreffenden Tabakfabrik unterschriebene Vertrag hat unserem Ortsverband in Köln a. Rh. im Original vorgelegen. Unser Ortsverband bestritt, daß hier ein Scheinvertrag vorliege, wie Herr Klein es in seiner Berichtigung behauptet. Herr Klein hand es frei, das Gericht gegen uns anzurufen. Als unser Redakteur am 24. Oktober in Köln a. Rh. war, ist dem zur Versammlung gekommenen Herrn Klein gesagt worden, daß die Berichtigung nur zum Abdruck käme, wenn der Ortsverband seine Zustimmung dazu gebe. Der Ortsverband Köln hatte den Angriff auf Herrn Klein im „Gewerkverein“ unterschrieben mit der ausdrücklichen Erklärung: „Für Vorstehendes übernehmen wir die volle Verantwortung“. Auch wurde dem Herrn Klein von unserem Redakteur gesagt, er möge doch die Redaktion verklagen, weil es in diesem Falle doch richtiger sei, wenn die Sache einen gerichtlichen Austrag fände, an dem auch die Gewerksvereine ein großes Interesse hätten. Die Klagefrist lief erst am 20. November ab, Herr Klein hätte also bis dahin noch Zeit genug gehabt, die Klage beim Gericht anhängig zu machen. Dies hatte er auch am 13. Oktober andeutungsweise angedroht, aber er sührte es nicht aus. Schon das Kölnische Blatt der Sozialdemokraten hatte uns angerempelt. Wir haben nicht darauf reagiert, weil wir es für überflüssig hielten. Nun aber das Korrespondenzblatt in häßlicher Weise über uns herfällt, hielten wir es doch für nötig, die Sache klarzustellen und gleichzeitig die Frage aufzuwerfen: „Warum hat Herr Klein die ihm an die Hand gegebene Klage gegen uns nicht anhängig gemacht?“

Arbeiterbewegung. Der Kampf in der Berliner Holzbranche dauert fort, weil eine am gestrigen Montag stattgefundene Versammlung der Tischlermeister den Einigungsvorschlag abgelehnt hat. Eine Versammlung der Vertrauensmänner der Arbeiter hatte den Einigungsvorschlägen zugestimmt. Die wichtigsten Punkte dieser Vorschläge lauten:

Die **Affordpreise** von neuen Arbeiten werden im Verhältnis zu den bereits bestehenden Afforden festgesetzt, falls sich die neuen Arbeiten mit den bereits ausgeführten Arbeiten vergleichen lassen. — Wenn sich neue Arbeiten nicht mit bereits verarbeiteten vergleichen lassen und wenn über den Affordpreis eine Einigung unter Hinzuziehung des Fabrik-Ausschusses, wo ein solcher besteht, oder der Vertrauensleute oder sonst geeigneter Arbeiter der betreffenden Werkstatt, nicht zu erzielen ist, so können diese Arbeiten in Lohn ausgeführt werden, oder die Festsetzung des Affordpreises muß durch die Schlichtungskommission erfolgen.

Bis zur Entscheidung der Schlichtungskommission muß in **Beitrag** gearbeitet werden.

Wenn der Arbeiter bei Ausführung der neuen Arbeit in Afford auf Grund der Festsetzung der Schlichtungskommission einen **Mindererwerb** gegen seinen bisherigen Durchschnittsverdienst der letzten sechs Monate erzielt hat, so steht ihm das Recht zu, eine Nachprüfung des Affordes durch die Schlichtungskommission zu verlangen und muß ihm bei nachträglicher Gewährung eines höheren Affordpreises die Differenz nachgezahlt werden. — Ebenso steht dem Arbeitgeber das Recht zu, für spätere Afforde derselben neuen Arbeit eine Nachprüfung des Affordpreises durch die Schlichtungskommission zu verlangen.

Für die einfachen Arbeiten (Stapelartikel) soll die Schlichtungskommission **Lätze** aufstellen.

Der **Lohn** der Bautischler ist durch eine besondere paritätische Kommission zu beraten und von den in Frage kommenden Parteien anzunehmen.

Die **Differenzen** in der **Ladeneinrichtungsbranche** sollen durch eine besondere Kommission geregelt werden. Für die Arbeiten in der Comptoir- und Möbelbranche hat die Abmachung unter Nr. 1 Geltung.

Es soll bis zum 1. Juli 1905 ein **paritätischer Arbeitsnachweis** eingerichtet werden. Die Schlichtungskommission hat über das Statut desselben sofort in Beratung zu treten. Für die Zwischenzeit soll der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber und der der Arbeitnehmer bestehen bleiben. Beschwerden über die Geschäftsführung in den beiden Nachweisen sind von der Schlichtungskommission zu erledigen.

Sollte die Schlichtungskommission **Differenzen**, welche zu **Streiks** und **Aussperrungen** führen können, nicht beseitigen können, so ist innerhalb drei Tage das **Einigungsamt** anzurufen. Das Einigungsamt soll ferner zusammentreten, falls es der Schlichtungskommission nach Ablauf des Vertrages nicht gelingen sollte, einen neuen Vertrag abzuschließen.

Der Vertrag hat **Gültigkeit** bis zum 1. Januar 1907 und soll immer ein Jahr weiter laufen, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Die **Tischlermeister** lehnten ab und motivierten ihren **Beschluß** wie folgt:

„In Erwägung, daß die Arbeitnehmer in den bisher zwecks **Brennbildung** des jetzigen Lohnkampfes geführten Verhandlungen wiederholt die Erklärung abgegeben haben, daß nach ihrem Vorhalten in einer sehr großen Anzahl von Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse völlig unregelmäßig seien, und daß diese „Regelung“ eine Vorbedingung des Friedensschlusses sein müsse,

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiter es bisher abgelehnt haben, die Art dieser sogenannten Regelung und der von ihnen zu stellenden Forderungen zu bezeichnen, sondern vielmehr verlangt haben, daß diese Angelegenheiten der in Aussicht genommenen Schlichtungskommission zur Bearbeitung überwiesen werden,

in weiterer Erwägung, daß durch ein solches **Zustandbildnis** von Seiten der Arbeitgeber eine Gewähr für eine längere Andauer von Frieden nicht geschaffen, den Arbeitern aber die Möglichkeit gegeben wird, unaufhörlich neue Forderungen zu stellen und dieselben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kampfmitteln durchzusetzen, erklären sich die Versammelten damit einverstanden, daß der Vorstand der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin auf dem bisher von ihm eingenommenen Standpunkte strikter Ablehnung einer derartigen unsubstanzirten Forderung beharrt, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch das Ende des Lohnkampfes noch eine kurze Zeit verzögert wird.“

In der **Berliner Metallbranche** ist noch **Alles** beim Alten, der Kampf wird fortgesetzt. — In **Neurode** kämpfen die Bergarbeiter weiter. — Im **Ruhrrevier** werden die Bergarbeiter weiter provoziert, weil das **Kohlenyndikat** gar zu gern einen Streik haben möchte, um seine Vorräte zu guten Preisen los zu werden. Hoffentlich behalten die Arbeiter den Kopf klar und beachten diese Provokationen nicht.

Die von der sozialdemokratischen **Bäckerorganisation** während des Boykotts in Berlin gewonnenen Mitglieder — über 2000 — sind bereits wieder **ausgetreten**. Der Vorstand beklagt diese „**Fahnenflucht**“ in der Abrechnung als unerhört und fährt dann fort: „Diese Eintagsfliegen waren beim Streik zu allem fähig; wäre das zehnfache Eintrittsgeld von ihnen verlangt worden, sie hätten es bezahlt! Aber so wie sich die Wogen des Kampfes gelegt hatten, verfielen sie wieder in ihre alte Interesslosigkeit, ließen sich in keiner Versammlung sehen...“

Ähnliche Erfahrungen kann jede **Organisation** machen. Die während eines Kampfes gewordenen Mitglieder bleiben nur zum kleinsten Theile fest, sie nehmen die Streikunterstützung und gehen ihrer Wege, wenn der Kampf vorbei ist.

So muß es kommen! Die **Münchener Ortskrankenkasse**, welche eine rein sozialdemokratische Verwaltung hat, ist pleite, denn sie hat ein Defizit von nahezu 800 000 Mk. Nun hat die Generalversammlung stattgefunden und sich mit den Zuständen in der Verwaltung gründlich beschäftigt. Das Resultat der erregten Verhandlungen war die Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung verurtheilt entschieden die **offenkundige Bevorzugung sozialdemokratischer Agitatoren bei Anstellung der Beamten** und die damit verbundene **Zurücksetzung von alten erprobten Verwaltungsbeamten**. Sie protestirt nachdrücklich gegen den vollständigen **Ausschluß nicht-sozialdemokratischer Arbeiter** von der **Generalversammlung**. Vertretung und hält die **gesetzliche Festlegung des Proporzges bei den Krankenkassen** für eine **unabweisbare Pflicht** der Gesetzgebung.“

Diese scharfe Resolution hat eine um so größere Bedeutung, als die **Reinheit der Arbeiter** in dieser Versammlung **Witläufer** der Sozialdemokratie waren und die nun erkennen lernten, daß **Derjenige**, der die radikalsten Reben zu halten weiß, nicht immer auch der **beste** und **tätigste Mensch** in der praktischen Arbeit ist. Die Beispiele, daß einseitig sozialdemokratisch zusammengesetzte **Verwaltungskörper** unfähig sind, **wirtschaftliche Unternehmungen** zu leiten, hat sich auch bei den **Konsumvereinen** zum Schaden ihrer Mitglieder wiederholt in erschreckender Weise gezeigt. Hoffentlich sind diese Fälle, zu denen nun auch der **Münchener Fall** hinzugelommen ist, eine **ernste Warnung** an die deutschen Arbeiter, in der Wahl ihrer **Vertreter** vorsichtig zu sein. Die **deutsche Arbeiterschaft** muß es lernen, immer den **Wann** an die rechte Stelle zu setzen, der die **ausreichenden Fähigkeiten** besitzt, das ihm anvertraute Amt erfolgreich zu

nach unten steigen, sowie durch das städtische Öl. Man sehe doch nur, wie Lebensmittel wie Salz, Petroleum, Kaffee, Zucker in Italien belastet sind. Ein Zentner Salz koste in Deutschland 15, in Italien 35 P.; dieselbe Menge Petroleum in Deutschland 7,50, in Italien 48; Kaffee in Deutschland 50, in Italien 130 Lire; Zucker in Deutschland 25 P., in Italien 67,20 Lire. Kein Wunder, daß der Konsum dieser Artikel zurückgehe. Salz werde pro Kopf der Bevölkerung verbraucht: in Oesterreich 14,5 kg, in Deutschland 7,9, in Italien 6,5; Petroleum: in Deutschland 16,9 kg, in Italien 2,2; Kaffee: in Deutschland 2,69 kg, in Italien 0,494; Zucker: in Deutschland 13,7, in Italien 3,0 kg. Reformen seien um so dringender notwendig, weil die Unzufriedenheit immer mehr steige. Man dürfe nämlich die Kräfte der Unzufriedenheit nicht nur nach den Stimmen der antikonstitutionellen Parteien rechnen, denn hinter diesen stünden auch noch die Massen der Analphabeten, die ohne Stimmrecht seien. Dabei dürfe nicht vergessen werden, daß die Organisation der Unzufriedenheit von den Städten auch auf das Land übergreife und schon ins Meer eindringe. Das kürzlich erfolgte Erwachen der Kleinbürger halte die soziale Bewegung nicht auf; es konnte ja auch in den letzten Wahlen nicht einmal das Anwachsen der sozialistischen Stimmen hindern.

„Der italienische Staat“, so schließt der Verfasser, „geht also unmerklich, vielleicht auch unbewußt, einer entscheidenden Stunde entgegen. Zwei Dinge sind vor Allem notwendig. Der Ausbau der Versicherungsgesetze, die bei uns noch in den ersten Anfängen sind, und der Ausbau des Schulwesens. Den Indolenten, die uns zwischen einer Zigarette und der andern den Vorwurf machen, daß wir Utopisten seien, antworten wir, daß sie unwissend und träge sind; unwissend, weil sie nicht sehen, daß heute nur Staaten blühen können, die wahrhaft sozial wirken; träge, weil sie nur die Welt des Kaffeehauses und des Klubs zu verlassen und mit dem Proletariat in Berührung zu kommen oder in Deutschland zu reisen brauchten, um zu sehen, daß in keinem Lande eine so unliberale und reaktionäre Wirtschaftspolitik existiert wie in Italien.“

Die Neuwahlen in den Ortsverbänden.

In den ersten Tagen eines jeden Kalenderjahres wählen die Ortsvereine die Vertreter zu den Ortsverbänden. Bei beständigen Verhältnissen ist die alljährig zu vollziehende Neuwahl gewissermaßen nur eine Formalität, nur eine Verlängerung der Amtsperiode auf ein Jahr. Vertreter, die ihre Schuldigkeit getan haben, sind im Allgemeinen sicher, daß sie wiedergewählt werden. Und die Ortsvereinsmitglieder, die den Vorschlag ihres Vertreters zu schätzen wissen, sind zufrieden, wenn derselbe das Mandat wieder annimmt. Bei gutem Einvernehmen wird auch bei der Neuwahl des Ortsverbandsausschusses an den bestehenden Personalverhältnissen nichts oder nur wenig geändert. Es gilt für selbstverständlich, daß der bewährte alte Vorsitzende im neuen Jahre im Amte bleibt. An dem Kassierposten, der in guten Händen ist, magt man nicht zu rütteln. Und der schreibfreudige Sekretär, der gute Protokolle liefert, die Lokalpresse und das Verbandsorgan „Gewerkverein“ bedient, ist nicht so leicht zu ersetzen.

Doch nicht in allen Ortsverbänden verlaufen die Neuwahlen in so befriedigender Weise. Es häßert bei den Vertreterwahlen, es häßert bei der Konstituierung des Ortsverbandsausschusses. Der alte Ausschuß ist amtsüß geworden, neue Kräfte sind nicht zu finden. Man behält die Ämter, um den Ortsverband zu erhalten.

Warum liegt es in diesen Ortsverbänden so? Die Mitglieder der einzelnen Ortsvereine der verschiedenen Gewerkschaften pflegen keinen Verkehr; die Unternehmungen des Ortsverbandsausschusses finden keine Gegenliebe. An wen dies liegt, ob an dem Ungeschick der leitenden Personen oder an der Schläfrigkeit der verschiedenen Mitgliedschaften, mag dahin gestellt bleiben. Ortsverbände, die sich matt und müde hinschleppen, haben ihren Beruf verfehlt. Entweder ist kein Bedürfnis dafür vorhanden, oder es fehlt in ihnen an einer rührigen Hand, die Kräfte zu wecken und zusammen zu fassen.

Die Anforderungen, die den geschäftsführenden Personen eines Ortsverbandes zugemutet werden, wachsen mit jedem Jahr. Der Ausschuß soll für Stärkung der bestehenden kleinen Ortsvereine Sorge tragen, die Gründung neuer Vereine anbahnen und von Zeit zu Zeit allgemeine Versammlungen veranstalten, um die Verbandsmitglieder der verschiedenen Gewerkschaften: Maschinenbauer, Tischler, Lederarbeiter, Fabrik- und Handarbeiter u. s. w. aneinander zu gewöhnen und im öffentlichen Auftreten zu schulen. Auch in den von Gegnern einberufenen Versammlungen, in denen Angriffe auf die Gewerkschaften zu erwarten sind, soll der Ortsverbandsausschuß Vertretung stellen.

An Gelegenheit, Stellung zu kommunalen Fragen zu nehmen, fehlt es in keiner Gemeinde. Der 8 Uhr-Adenßluß, die Wohnungsreform, das Wesen der Baugenossenschaften, die Bezirksparlamenten zu den Gewerkschaften, die Vertreterwahlen zu den Ortskrankenkassen und Landesversicherungsanstalten, die Kundgebungen bei sonstigen öffentlichen Begebenheiten, Gesetzentwürfen u. dgl. eignen sich zu gemeinsamen Aktionen.

Mit der Lokalpresse soll der Ortsverbandsausschuß in dauernder Verbindung sein, damit das Publikum durch die Zeitungen etwas von den Gewerkschaften erfährt, wozu sozialpolitische Streit-

fragen, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, Tarifverträge und andere Fragen und Vorgänge im Arbeiterleben Gelegenheit bieten.

Die Rechtschutzkonsultation der Ortsverbände, die sich in früheren Jahren auf die Ratherteilung privater Prozeßsachen durch Rechtsanwälte beschränkte, ist im Laufe der Zeit, hauptsächlich durch die Arbeiterversicherung, viel umfassender geworden. Die Rechtsanwälte sind in der Regel auf letzterem Gebiete wenig zu Hause. Hier muß jeder Ortsverbandssekretär ein Arbeitersekretär sein. Ein gründliches Wissen der Arbeitergesetzgebung, der Gewerbeordnung, Unfall- und Invalidenversicherung ist notwendig geworden. Das Rechtsverfahren bei strittigen Lohnforderungen, die Beschwerdewege bei Unfallverletzungen und die Verfolgung der Rentenansprüche erfordern besondere Kenntnisse, um rechtsschutzsuchende Verbandsmitglieder sachkundig bedienen zu können.

Nicht minder gestiegen ist der Verkehr der Reisenden und das Bedürfnis nach anständigen Vereinsherbergen und die Errichtung gemeinschaftlicher Arbeitsnachweise. In Hinsicht dieser rein praktischen Vereinsarbeit ist zwar schon Manches geschehen, doch noch Vieles nachzuholen. An manchen Orten bildet sich die Interessengemeinschaft durch den geselligen Verkehr von selbst. An vielen Orten aber wird wenig oder gar nichts zur Förderung des Zusammenwirkens getan, wenn auch zugestanden werden kann, daß Ursachen lokaler Art den engeren Anschluß verhindern.

Einem Arbeiter oder Handwerker, der tagsüber in der Werkstatt schafft, verursacht die gewissenhafte Führung der Ortsverbandsangelegenheiten mancherlei Kopfzerbrechen, namentlich dann, wenn er nebenbei noch ein verantwortliches Amt in seinem Ortsverein bekleidet und für seine Fachgenossen wirkt. Die Vertretung öffentlicher Interessen, das agitatorische Wirken und Ausarbeiten belehrender Referate und vieles Andere nehmen die Gedankenkraft in den kurzen Feierstunden vollständig in Anspruch. Familienorgen dürfen da nicht hinzukommen. Und bei all den Mühen und Aufwendungen erfolgt nicht immer die Anerkennung der Mitglieder. Es bleibt dem Eifrigen meist nur das schöne Bewußtsein, an der Aufklärung seiner Mitmenschen und an der Besserstellung der Lebenslage der Arbeiter mitgewirkt und sein Bestes dafür eingesetzt zu haben. Gar oft muß der Leiter des Ortsverbandes seine eigenen Ideen hintenanstellen, um allgemein verstandene und gültige anzuerkennen. Er soll Menschenkenner sein, den Frieden wahren, Kampfbühne beschwichtigen, Eifersüchteleien zwischen den verschiedenen Berufsvereinen nicht aufkommen lassen und die kameradschaftlichen Beziehungen der Verbandsmitglieder fördern. Namentlich sind es unfruchtbare Krakehler und Nörzler, die vom Vorstandsstische aus allemal höflich behandelt sein wollen.

Leicht beieinander wohnen die Gedanken, im engen Raum da stoßen sich die Sachen — sagt der Dichter. Und er hat Recht. Das Leben ist kein Ideal, auch die Ortsverbände müssen mit dem Menschennaturalismus rechnen, aus dem sie zusammengesetzt sind. Drei schlaffe Ortsvereine bleiben drei Nullen, auch wenn sie zu einem Ortsverbande vereinigt sind. Auf die Schwächlinge kann die Gesamtorganisation nicht bauen. Ueber diese geht man ohne Diskussion zur Tagesordnung über, wie über die Kassenmenschen, die in den Gewerkschaften stecken. Die Entwicklung wurzelt in den Kerntruppen, die munter vorwärts schreiten, regen Antheil an der Bewegung nehmen und die Vorgänge des öffentlichen Lebens mit warmem Interesse verfolgen. Und die Zahl der wackeren Kämpfer ist wahrlich nicht gering, wie das rührige Treiben vieler gut geleiteter Ortsverbände zeigt. Wo indessen die Verhältnisse anders liegen und es nicht so ist wie es sein soll, möge man sich das Ideal zum Vorbild nehmen und diesem nachzutreiben suchen. Gleich dem Barometer, das die Höhe und Tiefe des Luftdruckes anzeigt, läßt der Ausschluß der Vertreterwahlen zum Ortsverbande die Höhenlage der Interessen für die Verbandsmitglieder erkennen. Mögen die Wahlen für das Jahr 1905 allermärklich günstig verlaufen und strebsame Gewerkschaftsmitglieder aus Ruher kommen!

Der Verbandstag zu Hannover hat einige Neuerungen für die Ortsverbände eingeführt, die an dieser Stelle in Erinnerung gebracht werden: Der Ausschuß kann sich wie bisher aus den Vertretern selbst konstituieren, auf Beschluß aber auch durch die Ortsverbandsversammlung gewählt werden (beschlossen auf Antrag Plum-Essen). Die Zahl der Vertreter kann prozentual vermehrt werden, wenn Mehrkosten dadurch nicht entstehen (beschlossen auf Antrag Seitz-Göppingen).

Die Wahl der zwei Revisoren ist sofort bei der Konstituierung des Ausschusses vorzunehmen (beschlossen auf Antrag des Ortsverbandes Wilhelm a. d. Ruhr).

Der Tätigkeitsbericht des Ortsverbandssekretärs ist spätestens bis zum 15. Februar jedes Jahres an den Verbandsanwalt oder Verbandsredakteur einzusenden (beschlossen auf Antrag des Ortsvereins der Maschinenbauer Großschadowitz). Nur die Tätigkeitsberichte, die rechtzeitig (also bis 15. Februar) eingehen, werden veröffentlicht (beschlossen auf Antrag Ziegler-Düffeldorf).

Der Kassenabluß des Ortsverbandskassiers ist spätestens bis zum 15. Februar jedes Jahres an den Kassier des Hauptverbandes Berlin, sowie an sämtliche dem Ortsverband angehörende Ortsvereine zu senden (beschlossen auf Antrag des Ortsvereins der Maschinenbauer Großschadowitz).

L. W.

berwalten. Welcher politischen Partei der betreffende Mann angehört, ist dabei in höchstem Maße gleichgültig. Tüchtige Menschen giebt es in allen Parteien und ebenso auch unter den Arbeitern aller Richtungen. Der Fall München zeigt von Neuem, welch' ungeheurer Schaden der deutschen Arbeiterkass' daraus erwächst, wenn sie praktische Aufgaben der Organisationen, der Kassen u. s. w. mit den Parteibestrebungen der Sozialdemokratie verknüpft.

Weibliche und jugendliche Arbeiter. Das letzte Vierteljahrheft der Reichsstatistik zeigt, daß im Jahre 1903 die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in den Fabriken Deutschlands erheblich zugenommen hat. In 62 905 Fabriken (im Vorjahre 61 056) wurden beschäftigt: 336 838 Jugendliche unter 16, darunter 8919 Kinder unter 14 Jahren, sowie 328 535 Arbeiterinnen im Alter von 16 bis 21 und 570 308 im Alter von über 21 Jahren. Gegen das Vorjahr ergibt dies eine Zunahme von über 12 000 Jugendlichen und 40 000 Arbeiterinnen. In erster Linie ist es wieder die Textilindustrie, welche hierbei in Betracht kommt, dann folgen die Industrien der Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung und Reinigung und der Steine, Erden u. s. w.

Zwischen den **central- und lokalorganisierten Gewerkschaften** sind vielfach Einigungsverhandlungen gepflogen worden, die bisher erfolglos waren und wohl auch in Zukunft bleiben werden. Der in voriger Woche in Berlin stattgefundene Kongreß der lokalorganisierten Maurer nahm in dieser Angelegenheit eine Resolution an, in der es heißt: „Daß die Verhandlungen gescheitert sind, liegt einzig und allein an dem Verhalten der Vertreter der Verbände, die eine Unterwerfung verlangten. Die Konferenz erklärt sich mit der Haltung ihrer Vertreter einverstanden und empfiehlt den Ortsvereinen: Sollte man von irgend einer Seite an sie herantreten, um Einigungsbestrebungen in die Wege zu leiten, sie dieselben ohne Einverständnis der Geschäftsleitung rundweg abzu lehnen haben.“

Keine Schadenersatzpflicht des Arbeitgebers wegen versäumter Markenklebung. Während die Land- und Oberlandesgerichte bislang die Frage, ob der Arbeitgeber, der es unterläßt, für seine Arbeitnehmer die Beitragsmarken der Invalidenversicherung zu verwenden, ihnen zum Ersatz des entstandenen Schadens verpflichtet ist, in verschiedenem Sinne beantworteten, die meisten sogar geneigt waren, sie zu bejahen, hat das Reichsgericht kürzlich eine verneinende Antwort erteilt. Allerdings beruht, wie die Rölln. Ztg. hervorhebt, die Entscheidung noch auf gemeinem Recht und deshalb wäre es immerhin nicht ausgeschlossen, daß auch dem Boden des Bürgerlichen Gesetzbuchs das Reichsgericht zu einem andern Ergebnis gelangte. Allein das erscheint leider nicht wahrscheinlich, weil der Gerichtshof aus dem Invaliditätsversicherungsgezet selbst die Tatsache entnimmt, daß eine Zuwiderhandlung gegen dessen Bestimmungen über die Markenverwendung nicht ersatzpflichtig mache und außerdem das Gesetz eine privatrechtliche Verpflichtung den Arbeitgebern nicht habe auferlegen wollen. Letzteres ist ohne Zweifel zutreffend und es kann jedenfalls hierauf die Schadenersatzpflicht nicht gestützt werden. Die Folge dieser Rechtsprechung ist, daß sich der Arbeitnehmer an Niemanden wegen seines Ersatzanspruches halten kann, wenn ihm die Rente, die ihm an und für sich zustehen würde, versagt werden muß, weil die Voraussetzung der geleisteten Beiträge, und zwar in Folge des Verhaltens des Arbeitgebers nicht gegeben ist. Es muß der weiteren Erörterung vorbehalten bleiben, wie es möglich ist, diese Schädigung der Versicherten, die durch sachgemäße Aufmerksamkeit hätte vermieden werden können, aufzuheben; denn daß es ein nicht befriedigender Zustand ist, wenn der Arbeiter in Folge des Nichtlebens des Arbeitgebers keine Rente erhält, bedarf kaum der Erwähnung.

Wenn kein anderer Weg bleibt, dann muß das Gesetz geändert werden.

Partei und Gewerkschaften sind eins. Dies bestätigt von Neuem ein Beschluß der Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Essen, einen Beitrag von 300 Mk. aus der Ortskasse dem Preßfonds zwecks Gründung einer eigenen Parteipresse zu überweisen.

Eine wohlthätige Erfindung hat unser Verbandsgenosse A. Brendicke, Berlin O., Wallner Theaterstraße 16, gemacht. Es handelt sich um eine Schutzvorrichtung für Sägemaschinen. Die Erfindung ist patentiert und bereits auf einer Ausstellung in München durch die silberne Medaille und ein Ehrendiplom ausgezeichnet worden.

Durch die Anwendung des Apparates wird erreicht, daß die an Kreis-, Band- und dergl. Sägen beschäftigten Arbeiter während der Zuführung des Werkstückes an die Säge den Leiden in der letzten Zeit wieder so oft vorgekommenen Unglücksfällen nicht mehr ausgesetzt sind. Die in Fachkreisen willkommen geheißen Schutzvorrichtung besteht zunächst aus einer an ihrer Vorderseite mit Dornen besetzten Zuführungsschiene, welche mit einem Handgriff an das zu sägende Holz herangebracht wird. Ueber dem Handgriff wölbt sich ein Schutzblech derart, daß dadurch Hand und Arm in jeder Weise vor Verletzungen, auch durch auspringende Splitter und dergl. gesichert sind.

In Folge des Andrückens der Zuführungsschiene, welches bei größeren Stücken etwa nach zur Hälfte erfolgtem Schnitt vorgenommen wird, dringen die Dorne in das Sägegut ein und heften es an die Schiene, so daß damit jede gewünschte Schnittlinie eingehalten werden kann, ohne daß der „gefährlichen“ Säge mit wachsendem Schnitt sich nähernde Holzende mit der ungeschliffnen Hand berühren zu müssen. Nach erfolgtem Schnitt kann das Werkstück sofort von der Zuführungsschiene wieder entfernt werden unter Zuhilfenahme einer sinnreichen Vorrichtung, welche hierzu nur einen kurzen Druck auf einen Hebel unter dem Schutzblech erforderlich macht. Die Schutzvorrichtung ist trotz ihrer Sicherheit in der Anwendung erstaunlich einfach, so daß jeder Arbeiter sie ohne Weiteres benützen und ihr Anschaffungspreis ein sehr mäßiger sein kann.

In keiner Werkstätte unserer Industrie, welche bekanntlich eine überaus große Anzahl der für den Arbeiter so oft verhängnisvollen Sägemaschinen benützt, sollte diese für den Arbeiter segensreiche Schutzvorrichtung fehlen!

3 bis 4 Modelle gelangen im Januar 1905 in der „Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt“ zu Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12, zur Ausstellung.

Ein interessanter Rentekreis. Nach § 47 Absatz 1 des Invalidenversicherungsgesetzes kann die Invalidenrente entzogen werden, wenn in den Verhältnissen des Empfängers eine Veränderung eintritt, die ihn als nicht mehr erwerbsunfähig im Sinne des Gesetzes erscheinen lassen. Auf Grund dieser Bestimmung wurde dem Appreteur Vogel in Meerane die 1901 gewährte Invalidenrente wieder entzogen. V. ist ein junger Mann, er ist erst 23 Jahre alt. Von Kindheit an ist er augenleidend. Zur Zeit der Rentengewährung wurde er von den Gutachtern als zu 70 pCt. erwerbsunfähig bezeichnet. Eine Denunziation veranlaßte die Versicherungsanstalt, Erörterungen anzustellen. Dabei stellte sich heraus, daß V. ebensoviel verdient, als ein gesunder Arbeiter mit gleicher Ausbildung in demselben Berufe, nämlich 528 Mk. im Jahre. Gegen die nunmehr erfolgte Entziehung der Rente wandte sich V. an das Schiedsgericht mit der Begründung, daß bezüglich seiner Invalidität keine Veränderung eingetreten sei, die als Besserung bezeichnet werden könnte. Das Schiedsgericht stellte eingehende Erörterungen an. Die ärztlichen Gutachten stellten gegen früher eine Verschlimmerung fest; V. ist nahezu blind, er kann schwarz von weiß nicht unterscheiden. Er vermag nur eine bestimmte Arbeit in dem bestimmten Betriebe zu verrichten, in dem er gegenwärtig beschäftigt ist. Dort kennt er die Verhältnisse, dort bekommt er die Arbeit besonders zugerichtet. In einem anderen, wenn auch gleichartigen Betriebe, kann V. nicht arbeiten, weil da die oben geschilderten Vorbedingungen fehlen. Das Schiedsgericht folgte der vom Vertreter der Versicherungsanstalt zum Vortrag gebrachten Auffassung einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts, nach der selbst ein vollständig Blindar an der Arbeitsstätte, wo er bekannt sei, als arbeitsfähig erachtet werden könne, nicht; es entschied, daß die Versicherungsanstalt die Rente weiter zu gewähren habe. Die Sache wird, wie „Das Reich“ mitteilt, noch das Reichsversicherungsamt beschäftigen, da sich die Versicherungsanstalt bei dieser Entscheidung nicht beruhigen will.

Ueber den Kampf der christlichen Gewerksvereine gegen unsere Organisation und die Gewerkschaften äußert sich der „Berliner Börsen-Courier“ in folgender Weise:

So klar die Dinge nun auch liegen, halten es die christlichen Gewerksvereine doch einmal wieder für angebracht, sich als Vorbild und als unantastbar betreffs der Neutralität hinzustellen. In der letzten Nummer ihrer „Mitteilungen“ schülten sie ihren ganzen Haß gegen die sozialdemokratischen und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften aus, und bedauern es unendlich, daß diese, statt die Neutralität zu pflegen, sich immer mehr der Partei verschreiben. Aber in ihrem Eifer, die Arbeiterbewegung zu stärken, vergessen sie ganz und gar, daß sie, die sich brüsten „christlich-nationale“ Tendenzen zu verfolgen, durch ihre Schärfe im Gegenteil eher zur Zersplitterung, als zur Kräftigung der deutschen Arbeiterbewegung beitragen. Ein anderes wichtiges Moment spricht aber hier noch mit, nämlich der Einfluß kirchenpolitischer Richtung in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, und zwar der des Centrums. Thatsächlich können die „christlichen“ Gewerkschaften gar nicht bestreiten, daß sie mit dem Centrum bei jeder sich bietenden Gelegenheit paktieren, sich in dessen Dienste stellen und die Geschäfte dieser Partei besorgen. Den sozialdemokratischen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften wird von ihnen der Vorwurf gemacht, daß sie nicht neutral sein können — und sie selbst arbeiten Hand in Hand mit den Ultramontanen. Mögen sie noch so sehr sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, dieser „schwarze“ Punkt bleibt an ihnen haften.

Zu jener Aeußerung wollen sie freilich nur durch einen Aufsatz im „Gewerksverein“ gereizt worden sein. Der „Gewerksverein“ — übrigens trägt dieser Artikel schon vom Oktober her — äußerte sich über die Neutralität der Gewerkschaften in einer ganz beachtenswerten Weise, u. A. auch über die christliche Gewerkschaftsbewegung; er bemerkte sehr treffend, daß der Einfluß kirchenpolitischer Richtung die Vorhand hätte und führte dann mit Recht aus, daß die Organisationen der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften heute gekräftigter als je daständen, wenn nicht der größte Theil der Kraft durch die gegenseitige Feindschaft aufgehoben würde. Daß diese nackte Thatsache den „christlichen“ Leuten Unbehagen verursachte und sie in ihrer Zukunftsangst ätzte, läßt sich denken. Sie sahen denn auch schweres Geschick gegen den „Gewerksverein“ heran, und behaupten, unter Anführung aller möglichen Verdienste, die sie

sich schon erworben hätten, daß sie eine „echte tolerante“ Neutralität ausüben. Desgleichen berufen sie sich auf ihre Entwicklung seit ihrem zehnjährigen Bestehen und befinden sich schließlich in einem solchen Siegestaumel, daß sie in den nächsten Zeiten schon wieder ihrem Herzen Lust machen und den sozialdemokratischen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften die größten Schmähdungen ins Gesicht schleudern. Es ist ja nicht zu verkennen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung in den zehn Jahren auf eine schnelle Entwicklung zurückblicken kann; deswegen sind aber auch die Klassenverhältnisse die denkbar ungünstigsten, was schon bei der Veröffentlichung der Statistik in diesem Jahre hervorgehoben worden ist. „Blinder Eifer schadet nur“, so auch in diesem Falle.

Nun zu den Einigungsversuchen der Gewerkschaften der verschiedenartigsten Parteischattierungen. Dieser Frage kann man schon eher eine Bedeutung beimessen. Denn nicht nur die sozialdemokratischen und Hirsch-Duncker'schen sondern auch die christlichen Gewerkschaften müßten einsehen, daß sie in ihrer Vereinigung nichts erreichen konnten und daher schon häufiger mit den Wäfsen heulen müßten. Charakteristisch ist und hervorzuheben zu werden verdient, wie sich die „Mittheilungen“ des Gesamverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands über diese Einigung in derselben Nummer ausließen. Sie theilt die deutsche Arbeiterschaft einfach in zwei große Lager, bezüglich ihrer religiösen, politischen und ökonomischen Gesinnung. Der eine Theil hat noch religiöse Ueberzeugung und will von politischem Umsturz und wirtschaftlicher Gleichheit nichts wissen — mit anderen Worten, das sind die „christlichen“ — und der andere Theil besteht aus religionslosen und damit in der Regel auch bald sozialdemokratisch gewordenen Elementen — das sind eben die Sozialdemokraten und die Freisinnigen.

Mit solchen Auffstellungen zeigen diese „christlichen“ nur, wie oberflächlich von ihnen die Verhältnisse beurtheilt und nur durch die Parteibrille ihrer Klassenpolitik angesehen werden.

Nehme ich doch die Arbeiterbewegung ein Beispiel an dem Bund der Arbeitgeberorganisationen. Ständen diese wohl heute so stark da, wenn auch sie der verschiedenen politischen Ansichten und des getrennten Glaubens wegen wirtschaftlich nicht miteinander arbeiten würden? Nein! Deswegen sollten sich die deutschen Arbeiter in ihrem eigensten Interesse ins Stammbuch schreiben: Getrennt marschieren, aber vereint schlagen!

Der letzte Rath ist gut, die allgemeine Ausführung hat aber zur Voraussetzung, daß die Organisationen einander mit Achtung und Anerkennung begegnen.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1904.

Ortsverband Langensöls und Umgegend.
Der Ortsverband Langensöls und Umgegend wurde am 1. Juli 1903 gegründet, und zwar aus den Ortsvereinen der Tischler (68 Mitglieder) und der Maschinenbauer (82 Mitglieder). Vor genannter Zeit gehörten die beiden Ortsvereine, sowie der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Greifenberg dem Quetschhalverbande an. Der D.-B. Greifenberg trat etwas später mit 60 Mitgliedern unserem Ortsverbande bei. Die Agitation kann eine gute genannt werden, denn es wurde in diesem Jahre im hiesigen Orte ein D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter gegründet, außerdem hat der D.-B. der Tischler um die Hälfte der Mitglieder zugenommen, wogegen die Maschinenbauer leider etwas zurückgegangen sind. Der D.-B. Greifenberg blieb auf seiner Mitgliederzahl stehen. Zur Hebung der Bildung wurde den Mitgliedern eine Beihilfe zum Besuche von Zeichen- und Stenographieläusen gewährt. Ein wissenschaftlicher Vortrag wurde in Greifenberg gehalten. An öffentlichen Vorträgen wurde in dieser langen Zeit nur einer gehalten, und zwar im Auftrage des Centralraths von S. Schumacher-Berlin. Die Versammlung war von unseren Mitgliedern, sowie auch von Holzarbeiterverband gut besucht. Mit dieser Gewerkschaft stehen wir hier auf gutem Fuß. Im vergangenen Sommer kam es in der hiesigen Holzindustrie zu einer Lohnbewegung, und da keine Einigung erzielt wurde, so kam es zur Arbeitsniederlegung. Nach dreitägigem Streik wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Verhandlungen zu Gunsten der Arbeiterschaft ausgefallen waren. Mitgliederversammlungen wurden vierteljährlich eine und eine Anstufung abgehalten. Am 11. Dezember wurde ein Verbands-schiedsgericht gebildet. Am Verbandstage in Gottesberg nahm der Vorsitzende Kenner theil. Die Mitgliederversammlungen waren immer gut besucht, es kamen aber auch stets wichtige Sachen zur Verhandlung. Hoffen und wünschen wir, daß der Ortsverband auch im neuen Jahre blühe und gedeihe.

R. Kenner, Vorsitzender. R. Riefe, Schriftführer.

Gewerkschafts-Teil.

Alpirsbach. Am Sonntag, 18. Dezbr. v. J., hielt der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter eine Versammlung ab. Als Redner hatten wir unseren Agitationsleiter, Herrn Keppeler-Schramberg, gewonnen. Die Versammlung, welche stark besucht war, wurde vom Vorsitzenden Benz, nachdem er die Versammlung begrüßt hatte, um 1/28 Uhr Abends eröffnet. Der Referent Keppeler sprach Johann über die Aufgaben der Deutschen Gewerkschaften, schilderte das Verhältnis zwischen Arbeitern und Großkapital und führte die Verhandlung vor Augen, was der Verein seit seinem 5jährigen Bestehen geleistet hat. Der Vortrag wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Herr Karl Herder erstreute die Versammlung noch durch einige schöne Klavierstücke.

Dorimund. Durch thätigste Agitation war es dem D.-B. der Maschinenbau- und Metallarbeiter gelungen, eine Anzahl Arbeiter in der Gasanstalt zu gewinnen. Diese traten in eine Lohnbewegung ein und haben durch friedliche Unterhandlung bewirkt, daß der Lohn um 25 Pfg. pro Tag erhöht worden ist. Hier zeigt sich wieder der Nutzen der Organisation. Möchten die Arbeiter, besonders die Arbeiter der Gasanstalt einsehen, daß sie, wenn sie ihre Verhältnisse verbessern und so erhalten wollen, dem Deutschen Gewerkschaftsbund beitreten müssen. Denn vereinter Kraft gar oft gelingt, was ein Einzelner nicht zu Stande bringt.

Staden b. Hannover. Am 4. Dezbr. v. J. feierte der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter im Lindenhof sein 25jähriges Bestehen. Bei Eröffnung der Feier durch den Vorsitzenden S. mede konnte derselbe eine überaus zahlreiche Festerversammlung und den entfalteten Festredner, Schachmeister Hüner-Burg, begrüßen. Den Prolog sprach Fräulein Bremer. Der eindrucksvolle Vortrag fand reichen Beifall. Die Tribüne war mit der laubmühenkränzten Büste des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch geschmückt. Im Namen des Verbandsanwalts und des Generalraths begrüßte Schachmeister Hüner die festliche Versammlung mit herzlichen Worten und schilderte dann in schwungvoller Rede die Bedeutung der Gewerkschaften in ihrer Arbeit zur Förderung und Wahrnehmung der Arbeiterinteressen und des allgemeinen Wohls. Der festgebende Verein sei unter unfähigen Rügen und Anfeindungen 1879 gegründet worden. Opfermuth und Arbeitsfreudigkeit dieses Vereins hätten es zu Wege gebracht, daß in Linden, Hannover und Umgegend noch weitere 9 Vereine entstanden seien. Das verdiente Lob und Anerkennung und bezeuge den rechten Gewerkschaftsgeist, unsere schöne Sache immer weiter zu verbreiten, damit immer mehr Arbeiter Gelegenheit fänden, an dem großen und schönen Aufgange der Organisation mitzuwirken. Zum Schluß brachte der Redner ein begeistertes aufgenommenes Hoch auf den unermüdbaren Vorkämpfer für Freiheit und Recht, den großen Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch aus. Ein in gleicher Weise aufgenommenes Hoch galt dem festgebenden Verein und der gesammten Organisation. Der D.-B. Lindenburg sandte ein freudig begrüßtes Glückwunschschreiben. Das schöne Fest hat gezeigt, daß der Ortsverein es verstand, bei den Kreisvereinen und in der ganzen Bevölkerung lebhaftes Sympathie zu finden. Auch Vereine anderer Art, so der Jüthelklub „Frohinn“ aus Linden, bezogen unserm Ortsverein ihre Sympathien. Die künstlerischen Darbietungen des „Frohinn“ fanden allgemeinen Beifall. Das Fest nahm einen großartigen Verlauf und wurde durch keinen Miston getrübt. Geisterfreudigkeit und Freude herrschten während der ganzen Dauer des Festes.

Thorn. Am Sonntag, 4. Dezbr. v. J., hielt der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter seine Monatsversammlung ab, welche äußerst zahlreich besucht war. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Wahl des Ausschusses. Kassirer Doering, welcher dieses Amt bereits 4 Jahre versieht, nahm die Wahl nur unter der Bedingung an, daß die Mitglieder sich einer größeren Pünktlichkeit bei Bezahlung der Beiträge befleißigen möchten, denn, so führte er weiter aus, von ihm würden die Monatsabschlüsse pünktlich verlangt. Wenn aber die Beiträge unregelmäßig bezahlt würden, sei ihm dieses ganz unmöglich; ebenso verhalte es sich bei den erkrankten Mitgliedern, die ebenfalls ihr Krankengeld pünktlich verlangten, dieses aber sei schwer, wenn kein oder wenig Geld in der Kasse sei, denn es käme oft vor, daß gleichzeitig mehrere Kranke vorhanden wären. Die Mitglieder erkannten dieses auch an und soll es nun pünktlicher zugehen. Curt Köffler, Sekretär, Thorn 3, Waldstr. 29a, 3 Tr.

Verbands-Teil.

Dankagung.
Nach einem Jahre schwerer Prüfung hatten ich und meine Frau die Freude, vom Centralrath, von den Generalräthen und Hauptvorständen, von Ortsverbänden und Vereinen, sowie von Einzelmittgliedern und Freunden der Organisation aus allen Gauen Deutschlands zu meinem 72. Geburtstag und zu Neujahr durch mündliche, briefliche und telegraphische Glückwünsche der herzlichsten Art beehrt zu werden. Hierfür möchte ich — da die Beantwortung aller mir leider unmöglich ist — an dieser Stelle wärmsten Dank auch Namens meiner Frau sagen. Zugleich erwidern wir die uns zugegangenen Neujahrswünsche allen freundlichen Sendern in gleich herzlichem Sinne. Berlin, Anfang Januar 1905. Dr. Max Hirsch, Anwalt der Deutschen Gewerkschaften.

An die Ortsvereine- und Ortsverbands-Vorstände.
Mit dem Ablauf des Jahres macht sich eine Neuauferlegung der Streikhänder zur Versendung des „Gewerkschafts-Teil“ notwendig. Die Vorstände werden ersucht, eine ev. Adressenänderung der Organempfangern umgehend an die Expedition zu melden, damit die regelmäßige Zustellung des Organs keine Störung erfährt. Das Bureau des Centralraths, S. Reustedt.

Rheinisch-Westfälischer Ausbreitungsverband.
Protokoll der 12. Vorstandssitzung vom 22. Dezember 1904, Ab. 9 Uhr. Anwesend sind Ziegler, Gieseler, Haldenberg, Willems, Barbus und Morritz. Auf besondere Einladung ist erschienen das Ausschussmitglied Kollege Steuens-Kreisel. Ferner ist anwesend der Arbeitersekretär. Ziegler eröffnet die Sitzung. Der Arbeitersekretär theilt mit, daß der Oberpräsident auf den Antrag des Ausbreitungsverbandes die bisher gethätigen Wahlen zum Ausschuss der Landesversicherungsanstalt für ungültig erklärt hat. — Ziegler berichtet weiter über die Verhandlungen betr. Verschmelzung einer Sozialorganisation mit dem Gewerkschaftsbund der Textilarbeiter. Dieser hat, nachdem er in langen Verhandlungen zu dem Entgegenkommen sich geneigt zeigte, jetzt jedes Entgegenkommen abgelehnt mit der Motivierung u. A., daß man mit den rheinischen Mitgliedern vorsichtig sein müsse. Es findet darüber eine eingehende Aussprache statt, an der sich alle Anwesenden beteiligen und in der das Vorgehen des Generalraths verurtheilt wird. Auf Antrag Haldenberg wird beschlossen, in nochmalige Verhandlungen einzutreten und dem Centralrath das ganze Material zu unterbreiten, damit dieser auf den Generalrath der Textilarbeiter einen Druck ausübe. — Es wird beschlossen, die nächste Plenarsitzung des Ausbreitungsverbandes am 5. Februar abzuhalten. Betr. des Ortes sollen mit Nachen Unterhandlungen angeknüpft

werden. — Es wird dann weiter beraten über die Frage der Anstellung eines Beamten. Der Arbeitsekretär unterbreitet Vorschläge, um die finanzielle Seite der Frage zu ordnen. Nach längerer Diskussion erklärt sich der Vorstand mit diesen Vorschlägen einverstanden. Beschlossen wird dementsprechend auf die Dauer von 3/4 Jahren, und zwar vom 1. Januar bis 1. Oktober einen Beamten anzustellen, der sich in erster Linie der Agitation für das Zeitungsprojekt widmet. Ueber die Vorschläge hinsichtlich der Besetzung der Stelle wird zur Kenntnis genommen, daß darüber in einer Sitzung am 27. Dezember entschieden wird. Da die Tagesordnung noch nicht erschöpft ist, wird der Rest derselben auf die nächste Sitzung vertagt. Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr. G. J. S. S. S., Schriftführer.

* Norddeutscher Ausbreitungsverband.

Vorstandssitzung vom 26. Dezember 1904, abgehalten im Lokale Engelle, Stettin, Schifferstr. 9.

Anwesend sind sämtliche Vorstandsmitglieder außer Frau Süßenkamp, welche unentschuldig fehlt. Vorsitzender bringt zunächst den in der vergangenen Sitzung vertagten Antrag an den Centralrat, betreffend den laut Verbandstagsbeschluss zu beantragenden Zuschuß zur Sprache. Nach einer eingehenden Diskussion wird der Antrag angenommen. Es sollen diejenigen Ortsvereine, welche die Mitgliederliste noch nicht eingeleitet haben, angefordert werden, dieses nachzuholen. Dem Antrage wird ein spezielles Mitgliederverzeichnis beigefügt. — Genosse und Genossin Süßenkamp sind inswischen eingetroffen, ersterer als Gast. — Abdann folgten Berichte von Besuchsbesuchen, Flugblattverteilung und Festsetzung der zu besuchenden Versammlungen. — Genosse Ruff berichtet über die letzte Flugblattverteilung, Genosse Dittner über seinen Besuch der Werkstattversammlung. Die Berichte ergeben ein zufriedenstellendes Resultat. — Als Gast erscheint Genosse Köpp. — Bezüglich Besuch von Vereinsversammlungen wird beschlossen, zu der Monatsversammlung der Schiffszimmerleute-Predow den Genossen Ruff, der Goldschmiede-Stettin Genossen Pießler und der Versammlung der weiblichen Berufe die Genossen Calles und Kuhlensamp zu entsenden. — Einige Agitationsangelegenheiten werden durch Aussprache erledigt. — Ein Antrag des Genossen Vietweil, um Stellung eines Antrages an den Centralrat um Ueberlassung von 7 Exemplaren des „Gewerkeverein“, wird angenommen. — Ein Antrag des D. B. der Maschinenbauer-Gradow, um Entsendung eines Redners zu seiner am 15. Januar stattfindenden Versammlung, wird angenommen. Genosse Ruff wird hierzu beauftragt. — Die nächste Sitzung findet am 9. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Engelle statt. R. Pießler, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine (D.-D.) Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2—10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste stets willkommen. — Sonnabend, 7. Januar 05. Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Versammlung bei Gohlke, Beusselstr. 22. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Ab. 8 1/2 Uhr bei Rönd, Teltowstr. 3. Vortrag des Agitationsbeamten Herrn Jordan. — Fabrik- und Handarbeiter II. Ab. 8 1/2 Uhr im neuen Vereinslokale, SW., Adicinstr. 30, Ecke Köbenstraße bei Köbelmann. L.-D. baselbst. — Fabrik- und Handarbeiter I. Ab. 8 1/2 Uhr, Tempelherrenstr. 20a. L.-D. Bericht vom Central-Arbeitsnachweis. Verschiedenes. Organporto. — Stuhlarbeiter. Ab. 8 1/2 Uhr, Restaurant Klein, Gr. Frankfurterstr. 133. L.-D.: 1. Generalratsprotokoll; 2. Beschlussfassung über Anträge zur Generalversammlung; 3. Besprechung über die Feier des Stichtagesfestes. — Sonntag, 8. Januar 05, Graphische Berufe u. Maler I. Vorm. 10 Uhr, Rest. Goldschmidt, Neue

Grünstr. 28. L.-D.: Generalratsprotokoll. Verschiedenes. Fiedler-Grüßschoppen.

Kolnweipzig, Fabrik- u. Handarbeiter. Sonnabend, 15. Januar 05, Ab. 8 Uhr Versammlung im Vereinslokal. L.-D. baselbst. — Rigsdorf, Klempner u. Metallarbeiter. Sonnabend, 28. Januar, Ab. 8 1/2 Uhr, Vereinslokal Gröpler, Bergstr. 147.

Orts- und Bezirksverbände.

Dortmund (Ortsverband). Sonntag, 8. Januar Nachm. 4 Uhr beim Wirth Ripper, Heiligegartenstr. L.-D.: Berichte und Ausschuswahl. — Dampfen (Ortsverband). Sonntag, 8. Januar, Nachm. 5 Uhr bei Edermann, Köhlstraße, Vertreter-Sitzung der alten und neuen Vertreter. — Hohemünster (Ortsverband). Sonntag, 8. Januar, Nachmittags 2 Uhr Ausschusssitzung. Um 1/2 3 Uhr Versammlung im Rathhause zu Hohemünster. L.-D.: 1. Prüfung der Mandate. 2. Antrag zum Beitritt in den Agitationsverband Weisenfels. 3. Bericht des Kassiers und Sekretärs. 4. Geschäftliches. 5. Wahl des Ortsverbands-Ausschusses. — Meggen (Ortsverband) für das obere Vennegebiet. Sonntag, 8. Januar, Nachm. 1 Uhr Ausschusssitzung bei Wiethof in Altenhundem. L.-D.: Einführung der neugewählten Ausschusmitglieder. Rechnungslegung u. A. — Schwerte (Ortsverband). Sonntag, 8. Januar, Nachm. 3 Uhr Vertreter-Sitzung. Um 4 1/2 Uhr öffentl. Gewerkevereinsversammlung beim Wirth Bredemann, Bergstr. 147. Referent Braun-Dortmund. — Magdeburg und Umg. (Ortsverband). Montag, 9. Januar, Ab. 8 1/2 Uhr Ausschusssitzung im Apolloaal. L.-D.: Vorstandswahl u. A. Sonntag, 15. Januar, Nachm. 4 Uhr im Apolloaal kombinierte Ausschusssitzung. L.-D.: Zeitungsfrage und Agitation. Sonntag, 29. Januar, Nachm. 4 Uhr Versammlung im oberen Saal der Reichshalle, Kaiserstr. — Wittenberge (Ortsverband). Sonnabend, 14. Januar, Ab. 8 1/2 Uhr bei Boweris, (Chausseestr., Restaurant zum Stern, Generalversammlung. L.-D.: 1. Kassenbericht. 2. Protokolle. 3. Wahl der Vertreter. 4. Agitation. 5. Verschiedenes. — Eintriedel (Ortsverband). Sonntag, 15. Januar, Nachm. 2 1/2 Uhr in Pigners Restaurant. L.-D.: Neuwahl des Gesamtverbandes. Verschiedenes. Verbandsangelegenheiten freundschaftlich eingeladen. — Schwelm (Ortsverband). Sonntag, 15. Januar, Nachm. 5 Uhr im Lokal des Herrn G. Thölen. L.-D.: 1. Neuwahl des Vorstandes und zweier Revisoren. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Vortrag des Kollegen Kreil-Elsfeld. — Wörde u. Umg. (Ortsverband). Sonntag, 15. Januar, Nachm. 5 Uhr bei Rügeberg in Wörde. — Westhofen (Ortsverband). Sonntag, 15. Januar, Nachm. 3 Uhr bei Bw. Pütter in Ergste. L.-D.: Protokolle. Vorstandswahl. Berichte. Antrag.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Nieschen (Fabrik- und Handarbeiter). E. Bennewitz, Vorsitzender, Dresden-Neustadt, Bürgerstr. 33. M. Weigelt, Schriftführer, Dresden-Neustadt, Großenhainerstr. 80, III. Curt Müller, Kassier, Dresden-Neustadt, Eisenbahnstr. 1.

Ansbach (Ortsverband). Der Schriftführer Hans Sundermann, Kronenstr. 10, übernimmt vorläufig die Geschäfte an Stelle des verstorbenen Genossen Götzig.

Briefkasten.

Das Inhaltsverzeichnis vom vorigen Jahrgang des „Gewerkeverein“ geht mit dieser Nummer allen Ortsvereinen in je 1 Exemplar zu, damit es dem Jahrgang für die Bibliothek vorgebunden werden kann. Verbandsgenossen, die den Jahrgang aufgehoben haben, um ihn binden zu lassen, erhalten auf Wunsch das Inhaltsverzeichnis gern zugesandt.

Anzeigen=Zheil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Die 284. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 2 Uhr in der Urania (Taubenstraße) statt.

Zum Vortrag gelangt: „3 in Bannkreis der Jungfrau“.

Meggen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. von nachstehenden Ortsvereinen der Maschinenbauer: Saalhausen, Altenhundem, Meggen, Bamenohl ober Altenborn.

Gottesberg (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten im Gasthof zu den drei Bergen freies Nachtquartier u. Frühstück. Karten beim Buchdruckereibesitzer Herrn Hausold.

Burg (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. vom Verbandskassier Carl Sasse, Zerbster-Chaussee 2.

Wentzen (Ortsverband). Durchreisende Verbandsgenossen erhalten 50 Pfg. Karten find bei allen Vereinskassieren zu haben.

Zangenbickau (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsgenossen erhalten 50 Pfg. bei Paul Ologer, IV. Bezirk, Nr. 54.

Central-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine

(Hirsch-Dünder)

und Herbergsvorkehr befindet sich jetzt

im Verbandsbureau, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Fernsprecher Amt VII, 4720. Vermittlung kostenlos.

Karten für freies Logis und Morgens Kaffee bei allen Ortsvereinskassieren Berlins. Zureisende aus Berufen, welche in Berlin keinen Ortsverein haben, erhalten diese Karten im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine

Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Allen nach Berlin kommenden Verbandsgenossen empfehlen wir unsere neuen gut eingerichteten Logiräume zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Meldungen beim Hauswart Büchner, Duergebäude. Das Bureau des Centralrats.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.

Berlin N.O.; Greifswalderstr. 221/23.

Verbandsgenossen!

Jeden Sonntag Vormittag Fröhlichschoppen, Abends Frei-Konzert im Restaurant, im weißen Saal Gesellschaftsstunde, im oberen Festsaal große Musikantführung, wozu ebenfalls einladet Carl Berndt, Deconom.

Nachruf.

Am 26. Dezember d. J. verstarb nach 10 tägigem Krankenlager, in Folge Lungentzündung im 43. Lebensjahre der Kassier des Ortsverb. Ansbach Adam Götzig.

Adam Götzig.

Der Verbliebene war seit dem Jahre 1896 Mitglied des D.-B. der Tischler und seit 1901 in dem Vorstand des Ortsverbandes. Er hat die Obliegenheiten seines Amtes stets mit größtem Pflichtgefühl und regstem Interesse wahrgenommen, seine Kraft in selbstloser und treuer Hingebung in den Dienst des Verbandes gestellt.

Diese Eigenschaften haben ihm die Zuneigung und Liebe aller Verbandsgenossen erworben und sichern ihm ein treues, ehrenvolles Andenken. Möge ihm die Erde leicht sein.

Ansbach, 1. Januar 1905.

Im Auftrag: Die Verbandsverwaltung.